

Beschluss Ein Bekenntnis zur Kultur: Gegen den schwarz-roten Kultur-Kahlschlag!

Gremium: Landesausschuss

Beschlussdatum: 01.10.2025

Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

Die massiven Einsparungen im Kulturhaushalt sind absolut unverantwortlich. Sie missachten die Kulturrendite und schaden dieser Stadt. Sie sind sozialpolitisch ungerecht, denn sie treffen vor allem die kulturelle Bildung und dadurch Projekte, von denen Menschen aus allen Lebenslagen profitieren. Die radikalen Kürzungen im Kulturhaushalt sind aber nicht nur sozialpolitisch ungerecht, sie gefährden auch den demokratischen Zusammenhalt in dieser Stadt. Denn es ist die Vielzahl der kleinen und großen Bühnen, die vielen Bibliotheken, Musikspielstätten und die unzähligen Projekte freischaffender Künstler*innen, die ein sichtbares Zeichen setzen gegen Diskriminierung, Menschenfeindlichkeit und die Verrohung des politischen Diskurses. Wer in diesem Umfang an Kultur spart, zerstört damit unser demokratisches Gemeinwesen. Bündnis 90/Die Grünen bekennt sich dagegen zur Kulturmetropole Berlin und macht sich stark für eine auskömmliche Finanzierung unseres Kulturlebens!

Wir fordern:

1. Mehr Raum für die Kultur!

An der Raumfrage hängt die Zukunft der Kulturstadt Berlin. Um kreativ arbeiten und Berlin zu einer Kulturmetropole machen zu können, benötigen unsere Kulturschaffenden dringend mehr Arbeitsräume!

Gentrifizierung, steigende Mieten und Immobilienspekulationen machen es aber immer schwerer, bestehende Räume zu sichern. Die radikalen Mittelkürzungen für das Arbeitsraumprogramm und das Kulturraumbüro sind deshalb eine kulturpolitische Bankrotterklärung, die die Zukunft des Kulturstandortes Berlin gefährden.

Wir fordern 3.000 zusätzliche, geförderte Arbeitsräume. Wir fordern viel mehr Möglichkeiten zur temporären Nutzung von Produktions- und Proberäumen. Wir fordern die kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gewerberäume. Auch deshalb ist die auskömmliche Finanzierung der bestehenden Raumprogramme und eine nachhaltige Kulturraumstrategie der Senatsverwaltung, die die Zukunft des Kulturstandorts Berlin sichert, unverzichtbar.

2. Freie Szene stärken!

Neben den etablierten Kultureinrichtungen sind es vor allem die vielen Tausend freischaffenden Künstler*innen, die das kulturelle Leben in dieser Stadt maßgeblich prägen. Es sind tausende von Soloselbstständigen, die in Berlins wichtigstem Wirtschaftszweig, der Kreativwirtschaft, über 10 % der Einnahmen des Landes erwirtschaften. Unter oftmals prekären Bedingungen eröffnen sie uns neue ästhetische Horizonte, setzen Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit und engagieren sich für das Gemeinwohl. Es ist deshalb skandalös, dass es einmal mehr die Freischaffenden besonders hart trifft! Zahlreiche Projekte werden zusammengespарт oder fallen der schwarz-roten Einsparungswut zum Opfer! Auch das Arbeitsraumprogramm, das für viele

40 Kulturschaffenden Arbeitsräume sichert, darf weder gekürzt noch gestrichen
41 werden. Indem der Senat die Bedürfnisse der Freien Szene nicht berücksichtigt,
42 gefährdet er die Zukunft der Kulturmetropole Berlin.

43 Wir fordern deshalb den Senat auf, die Interessen der Freien Szene insbesondere
44 bei Fragen der Kulturraumplanung stärker zu berücksichtigen. Geförderte
45 Künstler*innen und Kulturschaffende benötigen Planungssicherheit:
46 Entbürokratisierung, transparente Förderentscheidungen und belastbare sowie
47 zeitnahe Förderentscheide sind dafür unerlässlich.

48 3. Mindesthonorare sichern!

49 Die große Mehrheit der freischaffenden Künstler*innen in Berlin arbeitet und
50 lebt unter prekären Bedingungen. Kulturarbeit bedeutet in vielen Fällen
51 Selbstausbeutung! Die Absenkung der Haushaltsmittel für Mindesthonorare ist
52 deshalb nicht nur sozialpolitisch ungerecht – sie ist eine Ohrfeige für die
53 freischaffenden Kreativen in dieser Stadt. Es darf nicht sein, dass
54 hochqualifizierte Selbstständige durch Berlin unterhalb jedes Mindestlohns
55 beschäftigt werden.

56 Wir fordern deshalb die Finanzierung von Mindesthonoraren für Kulturschaffende,
57 die sich in landesgeförderten und bezirklichen Kultureinrichtungen und
58 Projekten engagieren.

59 4. Kulturelle Bildung retten! In Zeiten der gesellschaftlichen Polarisierung ist
60 es wichtiger denn je, die außerschulische Demokratie- und Bildungsarbeit zu
61 stärken. Die Kulturelle Bildung leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Entgegen
62 den Ankündigungen im schwarz-roten Koalitionsvertrag wird die Kulturelle Bildung
63 aber nicht ausgebaut, sondern ist von der Kürzungswelle besonders stark
64 betroffen. Projekte wie der „KinderKulturMonat“, „Bauereignis Schule“ und viele
65 andere sind gefährdet. Damit trifft es vor allem Projekte, die wichtige
66 Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Milieus leisten.

67 Wir fordern deshalb einen Ausbau der kulturellen Bildungsarbeit in Berlin über
68 den bisherigen Umfang hinaus und eine langfristige Sicherung und Stärkung
69 etablierter Projekte.

70 5. Keine Scheinselbstständigkeit der Musikschul-, Volkshochschul- und 71 Jugendkunstschullehrer*innen!

72 Es ist skandalös, dass Berlin nach dem Herrenberg-Urteil im Jahr 2022 und der
73 Urteilsbegründung 2023 noch immer keine Lösung für die vielen, oftmals
74 scheinselbstständig angestellten Lehrer*innen gefunden hat. Stattdessen arbeitet
75 noch immer ein Großteil der Betroffenen unter prekären Bedingungen und ohne
76 soziale Absicherung. Das ist sozialpolitisch ungerecht und schadet der Bildungs-
77 und Kulturarbeit in den Bezirken.

78 Wir fordern genügend Geld in den Haushalten, um alle Lehrer*innen legal
79 beschäftigen zu können, egal ob in Vollzeit, Teilzeit oder als Selbstständige.

80 6. Kulturelle Grundversorgung, kulturelle Teilhabe sichern!

81 Eine vielfältige, kulturelle Grundversorgung ist Daseinsvorsorge und für unsere
82 demokratische Gesellschaft unerlässlich. Kulturelle Teilhabe und der Zugang zu
83 Kultur sind unverzichtbare Bestandteile unserer Demokratie. Die
84 Kürzungsmaßnahmen des schwarz-roten Senats schaden folglich nicht nur der enorm

85 wichtigen Kulturarbeit in den Bezirken, sie beschädigen unsere Demokratie.
86 Wichtige Finanzierungsinstrumente wie die „Zielvereinbarung Öffentliche
87 Bibliotheken“ wurden drastisch zusammengekürzt. Die Bezirksbibliotheken,
88 kommunalen Galerien, Kinder- und Jugendtheater, Volkshoch-, Musik- und
89 Jugendkunstschulen, aber auch soziokulturelle Zentren sind von der Kürzungsorgie
90 direkt oder indirekt betroffen. Komplette Streichungen der Mittel, Veränderungen
91 der Zielvereinbarungen und massive Einschnitte wie z.B. beim „FABiK“-Fonds zur
92 Finanzierung von Ausstellungshonoraren treffen die bezirkliche Kulturarbeit
93 empfindlich! Damit trifft es jene Kulturorte besonders, die auf die kulturelle
94 Teilhabe aller hier lebenden Menschen abzielen. Gerade die vielen bezirklichen
95 und projektgeförderten Kulturakteur*innen schaffen kostengünstige Angebote, die
96 auch von Menschen genutzt werden können, die sonst von kultureller Teilhabe
97 ausgeschlossen sind. Kulturelle Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängen!

98 Wir fordern deshalb den schwarz-roten Senat auf, die bezirkliche Kulturarbeit
99 finanziell sicherzustellen.

100 7. Kulturelle Infrastruktur sichern!

101 In einer vitalen Kulturmetropole ist eine funktionierende, barrierefreie
102 Infrastruktur, kritische Infrastruktur. Die mangelhafte Finanzierung unserer
103 öffentlichen Infrastruktur in den letzten Jahrzehnten steht dem leider entgegen.
104 Unsere Spielstätten, Museen oder Bibliotheken befinden sich deshalb allzu oft in
105 einem beklagenswerten Zustand. Statt die kulturelle Infrastruktur wirklich
106 zukunftsfähig zu machen, setzt der Senat auf halbgare Finanzierungsmodelle wie
107 die Beleihung von Grundstücken oder Transaktionskredite. Solche
108 finanzpolitischen Taschenspielertricks sind nicht geeignet, um der aktuellen
109 Situation auch nur ansatzweise gerecht zu werden.

110 Wegweisende Infrastrukturprojekte wie die Sanierung der Komischen Oper müssen
111 nachhaltig finanziert und haushälterisch abgesichert werden.

112 Wir fordern den Senat auf, kulturelle Infrastruktur als kritische Infrastruktur
113 zu behandeln und auch Bundesmittel dafür zu verwenden.

114 8. Vielfalt hochhalten!

115 Ganz gezielt schaden die schwarz-roten Kürzungen insbesondere solchen
116 Förderstrukturen, die die Diversität stärken und sichtbar machen sollen.
117 Wegweisende Förderinstrumente wie die Einrichtung „Diversity, Arts, Culture“
118 sind bedroht. Damit zerstört der schwarz-rote Senat Förderstrukturen, für die
119 der Kulturstandort Berlin international geschätzt wird. Es muss deshalb unser
120 Anspruch sein, die Vielfalt unserer Kulturszene sichtbar zu machen, die
121 Antidiskriminierungsarbeit zu stärken und Betroffene zu unterstützen.

122 Die drastischen Kürzungen bei der Diversitäts- und Antidiskriminierungsarbeit
123 müssen deshalb zurückgenommen werden!

124 9. Vielfältiges Erinnern für eine vielfältige Stadt!

125 Um der kulturellen Vielfalt dieser Stadt gerecht zu werden, fordern wir eine
126 Erinnerungskultur, die den verschiedenen Perspektiven aller Menschen in dieser
127 Stadt gerecht wird. Hierzu gehört insbesondere die Erinnerung an den
128 Kolonialismus, dessen Spuren bis heute nachwirken – und die noch immer überall
129 in Berlin sichtbar sind. Einsparungen dürfen deshalb nicht zu Lasten der

130 Erinnerungskultur gehen! Nach dem Ende des Modellprojekts „Dekoloniale“ ist der
131 Senat in der Pflicht, weitere (de-)koloniale Projekte zu unterstützen und
132 Erinnerungsorte sichtbar zu machen.

133 Wir fordern, die Erinnerungspolitik, insbesondere in den Bezirken, zu stärken.

134 10. Ein Bekenntnis zur Kultur – Kulturfördergesetz jetzt!

135 Der schwarz-rote Senat beweist mit seiner planlosen Finanzpolitik, dass ihm das
136 kulturelle Leben und die Kulturschaffenden in dieser Stadt egal sind. Damit muss
137 Schluss sein! Der Senat muss sich endlich zum großen Wert der kulturellen Arbeit
138 in Berlin bekennen! Der bedarfsgerechte Ausbau der räumlichen Infrastruktur für
139 kulturelle Zwecke muss in einem Kulturfördergesetz ebenso verankert werden wie
140 stabile Förderstrukturen für etablierte Projekte und Kultureinrichtungen. Das
141 Gesetz soll sich dabei zur ökologischen Nachhaltigkeit von Projekten und
142 Einrichtungen ebenso bekennen wie zur Förderung von Transparenz und Diversität.
143 Auch die soziale Absicherung von Kulturschaffenden und eine faire Bezahlung
144 gehören in ein Kulturfördergesetz.

145 Wir fordern deshalb zeitnah ein Kulturfördergesetz, das die Vielfalt des
146 kulturellen Lebens in Berlin langfristig sichert und weiterentwickelt.